

15. April 2015

Postulat

von Marcel Bührig (Grüne)
und Eva Hirsiger (Grüne)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei Neuanschaffungen von Diensthandys, darauf geachtet werden kann, dass die zu kaufenden Geräte höchste Standards im Bereich der Ökologie und des Arbeitnehmerschutzes erfüllen.

Begründung:

Seit Jahren gibt die Stadt ihren Mitarbeitenden Diensthandys ab. Diese gehören heutzutage in verschiedensten Berufen zur Grundaustattung.

Während der technische Wandel die Effizienz und Vernetzung der Angestellten der Stadt Zürich erhöht, so sind die ökologischen Folgen meist gravierend. In jeder Phase des Produktlebenszyklus, also von der Förderung der Rohstoffe und der Herstellung über die Verwendung bis zur Entsorgung, können Elektronikprodukte die menschliche Gesundheit und die Umwelt beeinträchtigen. Bereits der Abbau solcher Rohstoffe wird häufig von grossen Umweltschäden begleitet: Belastung von Boden und Wasser durch Chemikalien und Schwermetalle, Zerstörung von Lebensräumen von Pflanzen, Tieren und Menschen. Zusätzlich ist der Abbau häufig sehr energieintensiv.

Nicht nur ökologisch, sondern auch sozial, stellt die Produktion von Elektronikprodukten ein Problem dar. So sind Berichte über menschenunwürdige Arbeitsbedingungen der grossen Technologie-Produzenten keine Seltenheit. Die internen Beschaffungsrichtlinien der Stadt Zürich bezüglich sozialer Nachhaltigkeit sind zwar loblich, aber relativ wirkungslos, wenn sie nicht vollumfänglich durchgesetzt werden.

Doch seit einigen Jahren haben Teile der ICT-Branche das Problem erkannt und streben eine ökologischere und sozialere Produktion an, so z.B. die Hersteller des Fairphones. Die Stadt Zürich kann mit dem Erwerb solcher Handys für die Mitarbeitenden ein Zeichen in der Gesellschaft und Wirtschaft setzen und einen Umdenken in der ganzen Industrie zumindest anregen. Zudem kann so die Stadt ihre ökologische und soziale Verantwortung wahrnehmen.



